

Deutscher Bundestag
17. Legislaturperiode

Ausschuss-Drucksache

Ausschuss für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Änderungsantrag der Fraktion der SPD zum

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das
Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010),

BT-Drucksache 17/200

hier: Einzelplan 17

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Der Ausschuss FSFJ möge beschließen, dem federführenden
Haushaltsausschuss zu empfehlen:

Kapitel 1702

Titelgruppe 01

Titel **68414-175** (Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie)

Erhöhung des Haushaltsansatzes um **3 Mio. Euro** auf 22 Mio. Euro

Begründung:

Die Bekämpfung von Gewalt und Rechtsextremismus und die Förderung von Vielfalt und Demokratie haben t einen hohen Stellenwert und stellen eine dauerhafte gesellschaftliche Aufgabe dar.

Die Erhöhung des Titelansatzes um 3 Mio. Euro stellt sicher, dass die von der Bundesregierung geplanten zusätzlichen Modellprojekte nicht aus dem Kinder- und Jugendplan finanziert werden.

Titelgruppe 02 (Maßnahmen der Familien und der Gleichstellungspolitik sowie für die ältere Generation)

Titel **68421** (Zuschüsse und Leistungen für laufende Zwecke an Träger und für Aufgaben der Familien- und Gleichstellungspolitik sowie Ältere Menschen – Teilbereich Gleichstellungspolitik)

Erhöhung um **100.000 Euro** für das Genderkompetenzzentrum

Begründung:

Die Arbeit des Genderkompetenzzentrums ist von großer Bedeutung für die Gleichstellungspolitik. Gender Mainstreaming muss auch weiter durchgängiges Leitprinzip des Handels und der gleichstellungspolitischen Aktivitäten der Bundesregierung sein. Die Vermittlung von Gender Kompetenz leistet dabei einen wichtigen Beitrag zur Herstellung von Gleichstellung. Die nationalen Aktivitäten müssen sich auch an den Anforderungen der Europäischen Union zur Herstellung von Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern ausrichten. Die Arbeit des Genderkompetenzzentrums muss daher unverändert auch im Jahr 2010 fortgeführt werden können und darf nicht auslaufen. Hierzu ist eine Erhöhung des Titels um 100.000 Euro notwendig.

Titelgruppe 07 (Stärkung der Zivilgesellschaft)

Titel **68471** (Freiwilligendienste)

Erhöhung um **3 Mio. Euro** auf 22,225 Mio. Euro

Begründung:

Der Deutsche Bundestag hat fraktionsübergreifend die Erhöhung der Platzzahlen der Freiwilligendienste auf 30.000 Plätze beschlossen (Drucksache 15/5175). Die Nachfrage nach Jugendfreiwilligendiensteplätzen ist nach wie vor größer als das Platzangebot. Seit 2001 ist keine Erhöhung der Förderpauschale erfolgt. Das in der 16. Legislaturperiode beschlossene Jugendfreiwilligendienstegesetz erfordert eine höhere Konzentration auf den Bildungsaspekt. Nach Angaben der Träger sind die tatsächlichen Ausgaben für die pädagogische Begleitung deutlich höher. Um die Platzzahlen und die Förderpauschale entsprechend zu steigern, ist für 2010 eine Erhöhung des Titels um 3 Mio. Euro notwendig.

Titelgruppe 07 (Stärkung der Zivilgesellschaft)

Titel **68472** (Förderung Ehrenamt und Selbsthilfe)

Erhöhung um **260.000 Euro** auf 2,260 Mio. Euro

Begründung:

Bürgerschaftliches Engagement braucht bewährte Infrastrukturen, wie die Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) und es braucht bewährte Hauptamtlichkeit in diesem Bereich. NAKOS ist eine unabhängige nationale Kontaktstelle für ca. 100.000 Selbsthilfegruppen. Die Arbeit der Stelle muss weiter fortgeführt werden. Ihre Förderung ist wie bisher mit 260.000 Euro im Titel zu veranschlagen.

Kapitel 1704

Titelgruppe 03 (Ausgaben für Dienstleistende nach dem Zivildienstgesetz)

Titel **67141** (Kosten der Durchführung von Einführungslehrgängen)

Erhöhung um **640.000 Euro** auf 21,640 Mio. Euro

Begründung:

Das 3. Zivildienständerungsgesetz sieht eine Weiterentwicklung des Zivildienstes als Lerndienst vor. Dies muss entsprechend Berücksichtigung finden. Mit einer Erhöhung

dieses Titels um 640.000 Euro wird der Weiterentwicklung des Zivildienstes Rechnung getragen.

Den geforderten Titelerhöhungen steht eine vollständige Gegenfinanzierung durch Kürzungen in den Kapiteln 1701 (sächliche Verwaltungsausgaben) und 1702 (Evaluationskosten von familienpolitischen Leistungen) gegenüber, die von der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuss beantragt werden.